



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, Kisterhof 3, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement für Verteidi-
gung, Bevölkerungsschutz und Sport
3003 Bern

St.Gallen, 28. März 2012

**Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten;
Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Rundschreiben vom 1. Dezember 2011 haben Sie uns die erwähnte Vorlage zur Ver-
nehmlassung unterbreitet.

Unsere Bemerkungen wollen Sie dem Anhang entnehmen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Im Namen der Regierung

Karin Keller-Sutter
Präsidentin



Canisius Braun
Staatssekretär



RRB 2012/207 / Schreiben

Beilage:
– Anhang

Zusätzlich per E-Mail an:
markus.feller@baspo.admin.ch

A n h a n g

zur Vernehmlassung der Regierung des Kantons St.Gallen zur

Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten

1. Allgemeine Bemerkungen

In der Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (abgekürzt RiskV) werden diverse fachspezifische Tabellen und Gebiets- resp. Schwierigkeitsgradeinteilungen erwähnt. Diese Tabellen sind auf verschiedene Organisationen und Webseiten verteilt (Bundesamt für Landwirtschaft [BLW], Schweizer Alpen-Club [SAC], Institut für Schnee- und Lawinenforschung [SLF] und Bundesamt für Sport [BASPO]). Hier wäre eine zentrale Informationsverwaltung durch das BASPO wünschenswert und allenfalls eine Informationsschrift durch das BASPO zu gestalten, die an Gesuchstellende und andere Interessierte abgegeben werden könnte. Es müsste auch gewährleistet sein, dass die Bewilligungsbehörde über allfällige Änderungen rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wird. Es ist zu prüfen, ob diesbezüglich zusätzliche Bestimmungen in die RiskV aufzunehmen sind.

Nach Art. 14 des Gesetzes über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten (abgekürzt RiskG) können die Kantone den Zutritt zu bestimmten Gebieten verbieten, namentlich wenn dies aus Gründen des Natur- oder Gewässerschutzes geboten ist. Gemäss Botschaft zum RiskG (BBl 2009, 6040) ist dieser Hinweis im Gesetz deklaratorischer Natur, weil diese Verbote bereits gestützt auf die geltende Natur- und Umweltschutzgesetzgebung erlassen werden können. Derartige Zutrittsbeschränkungen sind daher grundsätzlich von den für die Natur- und Gewässerschutzgesetzgebung zuständigen Behörden zu verfügen und zu kontrollieren. Da Zutrittsbeschränkungen von der Vollzugsbehörde zu berücksichtigen sein werden, ist eine Mitteilungspflicht der für die Natur- und Gewässerschutzgesetzgebung zuständigen Behörden vorzusehen.

2. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Art. 1 Geltungsbereich

Zu prüfen ist, ob Flugschulen sowie Anbieter von Passagierflügen, Gleitschirm- und Delta-segler nicht auch unter den Geltungsbereich des RiskG gestellt werden sollen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass im Kanton St.Gallen seit dem Jahr 2000 immerhin 21 Unfälle mit Gleitschirmfliegern bearbeitet worden sind. Aus diesen Unfällen resultierten sechs Todesopfer. Neun Unfälle ereigneten sich im Rahmen der Ausbildung.

In den Gesetzgebungsmaterialien wird immer wieder betont, dass Aktivitäten im Rahmen von Jugend+Sport (J+S) sowie alpiner Vereine - wie etwa des SAC - mangels Gewerbmässigkeit nicht unter den Geltungsbereich des RiskG fallen. Es würde der Klarheit und Rechtssicherheit dienen, wenn Aktivitäten von J+S sowie von alpinen Vereinen *ausdrücklich* vom Geltungsbereich des RiskG ausgenommen würden.

Art. 5 Abs. 1 Bst. b / Art. 6 Abs. 1 / Art. 7 Abs. 2 Bst. a sowie Art. 8 Abs. 3 Bst. a

Es wäre hilfreich, wenn das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und das BASPO zentral eine Liste anlegen würden mit allen bereits geprüften und als gleichwertig anerkannten ausländischen Fähigkeitsausweisen. Damit wäre eine speditive Bearbeitung der Gesuche gewährleistet und bereits anerkannte Fähigkeitsausweise müssten nicht noch einmal abgeklärt werden. Zu denken ist an eine Liste, die durch die Gesuchstellenden und Bewilligungsbehörden online eingesehen werden kann, analog der Liste mit der Einteilung



von Schaustell- und Zirkusanlagen zu den entsprechenden Kategorien nach Anhang 2 und 3 der Verordnung über das Gewerbe der Reisenden (SR 943.11; abgekürzt RGV).

Art. 7 – Wanderleiterinnen und Wanderleiter

Mit dieser Bestimmung wird der Geltungsbereich des RiskG ausgeweitet. Zwar räumt Art. 1 Abs. 3 RiskG dem Bundesrat die Kompetenz ein, im Verordnungsrecht vergleichbare Risikoaktivitäten dem Gesetz zu unterstellen. Dabei hat er sich aber an den objektiven Gefahren zu orientieren, mit denen bei dieser Aktivität zu rechnen ist. Vor diesem Hintergrund geht die Bestimmung, wonach Wanderleiterinnen und Wanderleiter für Aktivitäten im schnee- und eisbedeckten *gebirgigen Gelände* einer Bewilligung bedürfen, zu weit. Mit der weiten Definition von "gebirgigem Gelände", welches gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. a RiskV sämtliche Gebiete ab Bergzone II umfasst, fallen Aktivitäten in grossen Gebieten unter die Bewilligungspflicht, obwohl nur an relativ wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Ausrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Stein- und Eisschlag oder Lawinen im Sinn von Art. 1 Abs. 1 Bst. a RiskG besteht. Das in den Erläuterungen erwähnte Schneeschuhlaufen dürfte ausserdem keine Risikoaktivität im Sinn des RiskG sein. Die Bestimmung ist nicht gesetzeskonform und schränkt die Wirtschaftsfreiheit unverhältnismässig ein. Die Bestimmung ist auf ein gesetzeskonformes Mass einzuengen.

Art. 10 Abs. 1 Bst. f – Qualitätsmanagementsysteme für Risikoaktivitäten

Hier ist unklar, ob die jährliche Überprüfung der Praxis lediglich eine firmeninterne Überprüfung sein wird, oder ob trotz fünfjähriger Anerkennung des Qualitätsmanagementsystems (Art. 10 Abs. 3 RiskV) eine jährliche Überprüfung bei der akkreditierten Zertifizierungsstelle erfolgen muss. Wenn dies der Fall ist, müsste geklärt werden, ob die Bewilligungsbehörden der Kantone über festgestellte Mängel dieser jährlichen Überprüfung orientiert werden müssen und ob allenfalls Massnahmen zu ergreifen wären. Die Bestimmung ist insoweit zu präzisieren.

Art. 14 Abs. 1 und 3 – Erteilung der Bewilligung

Es erscheint unüblich, dass Gesuchstellende mit Wohnsitz oder Sitz im Ausland ihr Gesuch bei einer kantonalen Behörde ihrer Wahl einreichen. Sinnvoller wäre hier, analog zum Reisengewerbe, den Kanton, in welchem die Tätigkeit in der Schweiz zum ersten Mal aufgenommen wird, als zuständig für die Erteilung der Bewilligung zu bezeichnen (vgl. Art. 5 RGV). Dies auch deshalb, weil hier in den meisten Fällen von einer Tätigkeit von über 90 Tagen pro Jahr auszugehen ist und demzufolge auch eine Arbeitsbewilligung bei den zuständigen kantonalen Behörden eingeholt werden muss.

Gemäss den Erläuterungen zu Art. 14 Abs. 3 ist die Verwendung des kantonalen Formulars nur dann eine formelle Bewilligungsvoraussetzung, wenn der Kanton die Verwendung des Formulars mittels Rechtserlass vorschreibt. Dies hätte einen unverhältnismässigen Rechtsetzungsaufwand bei den Kantonen zur Folge. Art. 14 Abs. 3 ist daher dahingehend umzuformulieren, dass dort, wo die Kantone ein Formular zur Verfügung stellen, die Verwendung dieses Formulars Voraussetzung für die Gültigkeit des Gesuchs ist. Allenfalls ist Art. 14 Abs. 3 ganz zu streichen.

Art. 17 – Veröffentlichung

Da die ausgestellte Bewilligung für das ganze Gebiet der Schweiz gültig ist (Art. 8 Abs. 1 RiskG) und somit die Anbieter in jedem beliebigen Kanton in der Schweiz tätig werden können, wäre es hier kundenfreundlicher, eine zentrale Stelle mit der Veröffentlichung aller in der Schweiz ausgestellten Bewilligungen zu beauftragen. Dadurch könnten Kunden leichter abklären, ob der Anbieter ihrer Wahl über eine Bewilligung verfügt. Als mögliche



zentrale Stelle wird das BASPO vorgeschlagen, welches bereits nach Art. 12 Abs. 4 RiskV eine Liste mit allen nicht bewilligungspflichtigen ausländischen Anbietern publiziert.

Art. 18 Abs. 1 – Massnahmen bei Missachtung von Vorschriften

Hier wird festgehalten, dass die zuständige kantonale Behörde die nötigen Massnahmen zu ergreifen hat, wenn sie feststellt, dass Vorschriften des Gesetzes oder der Verordnung missachtet werden. Es wird davon ausgegangen, dass keine aktiven Kontrollen seitens der Bewilligungsbehörde gefordert sind, da die regelmässige Überprüfung aller erteilten Bewilligungen mit einem erheblichen zusätzlichen Aufwand verbunden wäre.

Art. 19 – Gebühren

In Anbetracht des administrativen Aufwands für die Gesuchsprüfung und die Ausstellung einer Verfügung erscheinen die Gebühren zu tief. Im Kommentar zur RiskV wird erwähnt, dass eine Einheitlichkeit der Gewerbegebühren von Bundesrechts wegen erreicht werden soll. Eine vergleichbare Bewilligung ist unserer Ansicht nach die Reisendengewerbebewilligung. Die Gebühr für eine Gesuchsprüfung und die entsprechende Verfügung beträgt dort gemäss Art. 28 Abs. 1 Bst. a RGV Fr. 200.–. Eine Gebühr in dieser Höhe scheint uns auch für die Gebühr nach Art. 19 Abs. 1 Bst. a RiskV angemessen. Die Gebühr für die Erneuerung der Bewilligung nach Art. 19 Abs. 2 RiskV ist mit Fr. 50.– ebenfalls zu tief angesetzt und steht nicht im Verhältnis zum administrativen Aufwand und zur Gültigkeitsdauer der Bewilligung. Die Gebühren sind angemessen zu erhöhen.

3. Redaktionelle Bemerkungen

In Art. 2 Bst. e, f sowie Fussnote 5 RiskV wird der Internationale Kanuverband mit IFC statt korrekt ICF abgekürzt. Ausserdem enthalten redaktionelle Fehler: Art. 7 Abs. 4 Bst. c (Komma zwischen "Pickel" und "Steigeisen" fehlt), Art. 10 Abs. 1 Bst. g ("anerkannt worden ist" statt "anerkannt worden ist") ist und im Anhang Ziff. 3 Abs. 3 ("nach Artikel 1 Absatz 2 Buchstaben c-e" statt "nach Artikel 1 Absatz Buchstaben c-e").